

DAS MÜNCHNER ABKOMMEN 1938 IN EUROPÄISCHER PERSPEKTIVE

Das Münchner Abkommen vom 29. September 1938, mit dem Deutschland, Italien, Frankreich und Großbritannien das Ende der Ersten Tschechoslowakischen Republik besiegelten, war in den tschechischen Medien des Spätsommers 2008 omnipräsent. Selbst die Spaziergänger auf den Prager Straßen wurden auf Großbildleinwänden mit Film- und Tondokumenten konfrontiert, die die Schicksalsjahre der Tschechoslowakei illustrierten.

Die Internationale Fachkonferenz „Das Münchner Abkommen 1938 in europäischer Perspektive“ vom 17. bis 19. September 2008 in München stellte sich der Geschichte dieses Ereignisses auf produktive Weise. Veranstaltet vom Institut für Zeitgeschichte und dem Collegium Carolinum in München unter der Leitung von Horst Möller und Martin Schulze Wessel und organisiert von Jürgen Zarusky und Martin Zückert, verband diese Tagung Diplomatie- und Politikgeschichte. Die Innen- und Außenperspektive der einzelnen Signatarmächte, der Tschechoslowakei und ihrer Nachbarstaaten wurde zu einer europäischen Geschichte dieses Ereignisses zusammengeführt.

Das erste, von Gustavo Corni (Trient) geleitete Panel über „Außenpolitische Rahmenbedingungen“ stellte die Strategien zur Stabilisierung des nach dem Ersten Weltkrieg in Europa allenthalben gefährdeten Friedens in den Mittelpunkt. Christoph Studt (Bonn) lieferte einen faktografischen Überblick über die reichsdeutsche Außenpolitik unter Hitler, welche Krieg und die Erkämpfung wirtschaftlicher Exportmöglichkeiten als Mittel einer fragwürdigen „pax germanica“ einzusetzen verstand. Peter Neville (London) arbeitete differenzierend die Hintergründe der britischen so genannten Appeasementpolitik heraus. Zwischen diesen beiden Polen – Friedensgefährdung und Appeasement – spannte Peter Krüger (Marburg) das löchrige Netz der ostmitteleuropäischen Bündnissysteme auf. Das französische Engagement in Ost- und Mitteleuropa habe weder eine tragfähige Kooperation noch einen funktionierenden Interessenausgleich, sondern lediglich ein „Schönwetter-system“ geschaffen. In einem luziden Überblick analysierte Hans Woller (München) die Rolle Italiens im Umfeld des Münchner Abkommens. Er dekonstruierte den Mythos von Mussolini als einem integrierenden Moderator, der in Italien bis heute nachwirkt. Die Pläne Hitlers zur Zerstörung der Tschechoslowakei seien Mussolini im Vorfeld des 29. September bekannt gewesen, Italien habe für das damalige Europa zudem einen „enormen Unruheherd“ bedeutet und seit 1922 beständig Krieg geführt. Dabei konnte Mussolini in den 1930er Jahren Freiräume nutzen, die erst durch die Konzentration der europäischen Außenpolitik auf Hitler entstanden waren.

Die Initiation wirtschaftlicher Abhängigkeiten durch die deutsche Außenpolitik, die in dem Referat Wollers bereits angeklungen war, stellte Christoph Boyer (Salzburg) für den ost- und mitteleuropäischen sowie südosteuropäischen Raum systematisch dar. Die Wirtschaftspläne des nationalsozialistischen Deutschland be-

ruhten seiner Ansicht nach auf den autarkistischen Bestrebungen der deutschen Handelspolitik gegenüber Westeuropa und den guten Verzahnungsmöglichkeiten mit Ost- und Mitteleuropa. Länder wie Ungarn und Rumänien lieferten Agrarprodukte zu über dem Weltmarktpreis liegenden Tarifen nach Deutschland im Realaustausch gegen Industriegüter. Lediglich die Tschechoslowakei war aufgrund ihrer wirtschaftspolitischen Dissoziation von Deutschland ein Sonderfall und geriet nicht wie andere Länder dieser Region in wirtschaftliche Abhängigkeit.

Die zweite Tagungssektion „Die Septemberkrise“, die von Hans Lemberg (Marburg) moderiert wurde, umriss den unmittelbaren politischen Kontext des Münchner Abkommens. Detlef Brandes (Düsseldorf) ging – in Anknüpfung an sein neues Buch „Die Sudetendeutschen im Krisenjahr 1938“ – der Frage nach, wie es zum Aufstieg der Sudetendeutschen Partei (SdP) bei den tschechoslowakischen Kommunalwahlen 1938 bis hin zur größten nationalsozialistischen Sammlungsbewegung kommen konnte. Über die herkömmlichen Erklärungsmuster hinausgehend führte er nicht nur die Unzufriedenheit der Sudetendeutschen über ihren Status als nationale Minderheit und die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit wegen der niedergehenden Leichtindustrie als wichtige Gründe an; anhand von Polizeiberichten schilderte er darüber hinaus den großen sozialen Druck durch Propaganda, Terror und nachbarschaftliche Überwachung, der den Einzelnen in die autoritären Gesellschaftsstrukturen hineinpressen sollte. Als weiteren Faktor benannte er die Nachgiebigkeit der Prager Regierung gegenüber autoritären Forderungen der SdP und die Zurückhaltung der tschechoslowakischen Polizei, gegen gesellschaftlichen Terror innerhalb der sudetendeutschen Bevölkerungsgruppe vorzugehen.

Angela Hermann (München) zeichnete ein vielschichtiges Bild des außenpolitischen Vorgehens Hitlers im Sommer 1938. Sie skizzierte seine bis in die Zeit nach „München“ hineinreichenden Pläne, die Tschechoslowakei in einem gemeinsamen Feldzug mit Ungarn und Polen zu überfallen. Eine Stärkung der revisionistischen Kräfte in diesen Staaten und eine Ablenkungstaktik gegenüber den Garantiemächten sollte hierfür den notwendigen Freiraum eröffnen. Hitlers Spiel mit verdeckten Karten illustrierte Hermann in ihrer Rekonstruktion eines Gesprächs zwischen Hitler und Chamberlain Mitte September in Berlin, nach dem Hitler dem britischen Premierminister die Übergabe des Protokolls verweigerte. Dieser erhielt lediglich eine gekürzte Fassung, aus der kompromittierende und bewusst falsche Äußerungen entfernt worden waren. Hermann zeigte auch, dass bei den Verhandlungen zwischen Hitler und Chamberlain die Überbringung der Nachricht von der Mobilmachung der tschechoslowakischen Truppen, die einen Wendepunkt in den Gesprächen markierte, von Hitler inszeniert war.

Die zwei folgenden Referate setzten sich mit dem französischen Vorgehen in der Septemberkrise auseinander. Jean-Pierre Azéma (Paris) vertrat die These, dass zwischen den tiefgreifenden Umbrüchen in der französischen Gesellschaft und den politischen Folgen des Münchner Abkommens eine zeitliche Phasenverschiebung gelegen habe: Die im Vorfeld des Münchner Abkommens akute politische Entscheidung zwischen pazifistischen und angeblich „kriegstreiberischen“ Kräften in der französischen Intelligenz sei noch einmal vertagt worden; die offene Frage, für welche Ziele

es sich zu kämpfen lohne, habe erst im Jahr 1940 zu einer wirklichen politischen Identitätskrise geführt, als der Frieden um jeden Preis unter Pétain nicht mehr weiterzuführen war und man sich zwischen Kollaboration oder Widerstand entscheiden musste. Der nachfolgende Referent Georges-Henri Soutou (Paris) ging auf die außenpolitischen Wirkungen dieser pazifistischen Stimmungen ein. Daneben machte er die Nachwirkungen von „Versailles“, die daniederliegende militärische Flugabwehr, aber auch antibolschewistische Kampagnen, in denen Beneš als Anhänger Stalins figurierte, für das Nichteingreifen Frankreichs zugunsten der Tschechoslowakei verantwortlich. Wie Vít Smetana (Prag) in seinem Referat ausführte, war die tschechoslowakische Außenpolitik an manchen Missverständnissen und Fehleinschätzungen ihrer Verbündeten nicht unbeteiligt. In seinem sehr instruktiven Vortrag fasste Sergej Slutsch (Moskau) die sowjetische Interessenlage im September 1938 zusammen. Nach dem Jahr des großen Terrors 1937 sei die sowjetische Armee kopf- und führungslos, die Sowjetunion außenpolitisch handlungsunfähig gewesen, Stalin führte eine isolationistische Politik. Er war einzig am wirtschaftlichen Nutzen einer Zusammenarbeit mit der Tschechoslowakei interessiert, nicht aber an deren militärischer Verteidigung. Die Mobilmachung an der Grenze zu Polen deutete Slutsch lediglich als eine politisch-demonstrative Drohgebärde.

Die dritte Sektion „Implementation I – Das Sudetenland“ stellte die Folgen des Münchner Abkommens in der betroffenen Region dar. Volker Zimmermann (Prag) verglich den Entwicklungsprozess der sudetendeutschen Gesellschaft mit parallelen Erscheinungen nach dem „Anschluss“ von Österreich und dem Saarland. Zeitgenössische Wahrnehmungen glichen einander, von der anfänglichen Begeisterung bis hin zu späteren Klagen über eine Fremdbestimmung durch Reichsdeutsche. Nationalitätenproblem und bürgerkriegsähnliche Zustände in Westböhmen setzten für den Sudetengau hingegen einen besonderen Akzent. Wie schon Zimmermann betonte auch Jörg Osterloh (Frankfurt/Main) den Beschleunigungseffekt bei der Radikalisierung der sudetendeutschen Gesellschaft. Der erste organisierte Pogrom gegen die jüdische Bevölkerung, an dem sich Einheimische, Reichsdeutsche und die Gestapo beteiligten, ließ nach Abtretung der Sudetengebiete nicht länger als einen Monat auf sich warten. Antijüdische Verordnungen und Gesetze wurden im Zeitraffer umgesetzt. Jürgen Zarusky (München) wies auf die Folgen des Münchner Abkommens für die deutschen Gegner des Nationalsozialismus hin. Bereits der deutsch-tschechoslowakische „Pressefrieden“ von 1937 brachte der deutschen Exilpresse erhebliche Einschränkungen. Das Münchner Abkommen rief bei vielen Emigranten endgültig das Gefühl völliger Isoliertheit hervor. Jaromír Balcar (Bremen) ging auf die wirtschaftlichen Folgen des September 1938 ein. Er vertrat die These, dass durch die NS-Besatzung eine längerfristig wirkende ökonomische Zäsur gesetzt worden sei. Die radikale Umverteilung der Eigentumsverhältnisse zugunsten reichsdeutscher Banken und Betriebe ab 1938 und damit die Lockerung bestehender Eigentumsstrukturen, aber auch die konsequente Nationalisierung deutscher Firmen nach 1945 habe die spätere Einführung des Staatssozialismus begünstigt. Martin Zückert (München) erörterte die tiefgreifenden Veränderungen der Kirchen nach „München“. Wurden in einigen deutschen Glaubensgemeinschaften „Dankgottesdienste“ mit demonstrativen Ehrenbezeugungen für Hitler ausgerichtet, wa-

ren tschechische Gläubige von Verfolgung und Vertreibung bedroht. Die finanziell prekäre Lage der Kirchen im Sudetengau nach dem Wegfall der tschechoslowakischen Unterstützungszahlungen wurde von der nationalsozialistischen Kirchenpolitik als politisches Druckmittel eingesetzt. Gleichzeitig versuchte das Regime, Gläubige zum Kirchenaustritt zu bewegen. Die bestehenden Kirchenstrukturen mussten sich zudem gegenüber der radikalen Nationalisierung der Gesellschaft behaupten.

Der vierte Teil der Tagung „Implementation II – Konsequenzen in Ostmitteleuropa“, moderiert von Oldřich Tůma (Prag), konzentrierte sich auf die Ausstrahlung und die Folgen des Abkommens auf mittelbar beteiligte Länder wie Ungarn und Polen sowie den gespaltenen Staatstorso der verkleinerten Tschechoslowakei. Ignác Romsics (Budapest) verfolgte die Verflechtungen der ungarischen Grenzrevisionspläne in Reaktion auf Trianon mit der reichsdeutschen Außenpolitik nach Hitlers Machtantritt. Diese lenkte die Revisionsbestrebungen Ungarns gezielt auf die Tschechoslowakei. Eine Liaison außenpolitischer Interessen bestand auch zwischen Deutschland und Polen, wie Stanisław Żerko (Poznań/Posen) ausführte. Das Münchner Abkommen habe nur den letzten Anstoß für eine äußerst feindliche Politik Polens gegenüber der Tschechoslowakei gegeben, die schließlich in ein Ultimatum zur Übergabe des Teschener Gebiets (Těšínsko) mündete. Polen geriet daraufhin nicht nur in die politische Isolation gegenüber seinen Bündnispartnern Frankreich und Rumänien, sondern nahm auch die Gefahr eines „Zweiten Münchens“ lange Zeit nicht ernst. Valerián Bystrický und Michal Švarc (Bratislava) zeigten die nationalistischen, autoritären und totalitären Elemente in der slowakischen Gesellschaft auf, die schließlich zu organisierten Angriffen auf Juden, Roma, Ungarn und Tschechen führten. Beide vertraten die Auffassung, dass der Zeitpunkt der slowakischen Selbständigkeitserklärung im März 1939 nur durch außenpolitischen Druck und die von Deutschland ausgehenden Drohungen zu erklären sei. In der anschließenden Diskussion wurde Kritik an dieser These geäußert, da sie die endogenen Kräfte, die zur Abspaltung von der Tschecho-Slowakei beitrugen, unterschätze. Emil Voráček (Prag) destillierte in seinem Referat aus Polizeiberichten ein Alltagsbild, das nach „München“ von feindlichen Auseinandersetzungen zwischen Tschechen und Deutschen, Versorgungs- und Flüchtlingsproblemen sowie einer feindlichen Haltung gegenüber Juden geprägt war. Joachim Tauber (Lüneburg) zeigte am Beispiel des Memelgebiets den möglichen Zusammenhang von nationaler Selbstverwaltung und nationalsozialistischer Selbstgleichschaltung. Die Autonomie in dieser Region, die zum Vorbild einer gelungenen nationalitätenpolitischen Lösung hätte werden können, wurde durch revisionistische Tendenzen Deutschlands konterkariert. Der memelländische, mehrheitlich deutsche Landtag setzte auf dem Wege der „demokratischen“ Gesetzgebung die Nazifizierung der Gesellschaft durch. Dass die Sudetendeutschen von weitergehenden Selbstverwaltungsrechten im Jahr 1938 ähnlichen Gebrauch gemacht hätten, hatte das Referat von Brandes als sehr wahrscheinlich erscheinen lassen.

Den Abschluss der Tagung bildete eine Runde zu „München‘ aus historiografischer Perspektive“, die das Ereignis in der Zusammenschau beleuchtete. Josef Becker (Augsburg) sprach zum „Fall Boris Čelovský“, dessen Dissertation „Das Münchner

Abkommen 1938“ aufgrund unrühmlicher Verflechtungen von diplomatischen Rücksichten des Auswärtigen Amtes und mit großer medialer Aufmerksamkeit formulierten sudetendeutschen Interessen erst mit erheblicher Verzögerung 1958 veröffentlicht werden konnte. Hermann Graml (München) bemängelte in seinem Beitrag zur deutschen Geschichtsschreibung zu „München“ das Fehlen neuerer Monografien. In einem Kommunikationsraum ohne Čelovský, gleichwohl nicht weniger ideologisch aufgeladen, habe sich die wissenschaftliche Debatte in der sozialistischen Tschechoslowakei abgespielt. Am Beispiel der 1950er und 1960er Jahre demonstrierte Christiane Brenner (München) die Dominanz politischer Interessen und ideologischer Selbstvergewisserungen. In den 1950er Jahren sei „München“ vorrangig aus der innenpolitischen Perspektive verhandelt worden: Dem Mythos von der Verteidigungsbereitschaft der Sowjetunion im Jahre 1938 wurde ein verzerrtes Bild der Beneš-Regierung zur Seite gestellt, die als Sachwalterin eines „bourgeois Klassenstandpunktes“ die Republik und die nationalen Interessen verraten hätte. In den 1960er Jahren sei „München“ dann als außenpolitisches Ereignis wiederentdeckt worden: Die Unentschlossenheit der Sowjetunion zu einem militärischen Eingreifen, das bürgerliche politische Lager und die KPTsch konnten nun differenzierter dargestellt werden. Dieser kurze wissenschaftliche Frühling wurde jedoch durch die Normalisierung der 1970er Jahre bald wieder beendet.

Martin Schulze Wessel warf in seinem Eingangsstatement zur Konferenz die Frage nach der Chiffrenhaltigkeit des Münchner Abkommens auf. Er sah darin vor allem ein Symbol für den gegenseitigen Umgang auf internationaler Ebene. Auch Horst Möller sprach davon, dass „München“ zu einem „Symbol für das falsche Nachgeben gegenüber Diktatoren“ geworden sei, und führte als tagesaktuelles Beispiel die Diskussion um Georgien an. Georges-Henri Soutou betonte, dass die Erfahrung von „München“ in Mittel- und Osteuropa bis heute als Misstrauen gegenüber politischen Versprechungen des demokratischen Westens nachwirke. In den Referaten gesellte sich zum Symbol „München“ dabei immer wieder die Chiffre „Versailles“. Neville thematisierte „Versailles“ und die Pariser Vorortverträge als „schlechtes Gewissen“ der britischen Außenpolitik. Peter Krüger und Soutou zeigten ähnliche Entwicklungen für die Haltung Frankreichs in der Sudetenkrise. Ignác Romsics, Stanisław Żerko und Joachim Tauber erklärten revisionistische Bestrebungen Polens, Ungarns und Deutschlands mit dem Verweis auf „Versailles“. Die dabei mitschwingende These von einer möglichen Kausalität zwischen 1918 und 1938 wurde allerdings etwa von Krüger aufgebrochen, der darauf hinwies, dass die neue Staatenordnung nach dem Ersten Weltkrieg eine beeindruckende politische und völkerrechtliche Konstruktionsleistung gewesen sei. Das Potential der damals neugeschaffenen Garantien für einen europäischen Frieden wurde in der Folgezeit jedoch nicht ausgeschöpft.

München

Jana Osterkamp